



N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

19. Wahlperiode - 2. Sitzung

am Mittwoch, dem 12. Juli 2017, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Oliver Kumbartzky (FDP)

Vorsitzender

Hauke Göttisch (CDU)

Klaus Jensen (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)

Kerstin Metzner (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein (AfD)

Flemming Meyer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Vorstellung der Staatssekretäre im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung Anke Erdmann und Tobias Goldschmidt	4
2. Vorstellung der Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung Dr. Sabine Sütterlin-Waack	6
3. Vorstellung des Staatssekretärs im Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung Wilfried Hoops	6
4. Grüne Woche 2018	9
5. Verschiedenes	10

Der Vorsitzende, Abg. Kumbartzky, eröffnet die Sitzung um 14:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Die Tagesordnung wird in der folgenden Reihenfolge beraten: 1, 4, 5, 2 und 3.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Vorstellung der Staatssekretäre im Ministerium für Energiewende,
Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung Anke Erdmann und
Tobias Goldschmidt**

Staatssekretärin Anke Erdmann teilt mit, sie sei im Ministerium für die Bereiche Umwelt und Landwirtschaft zuständig, und schildert sodann ihren bisherigen beruflichen Werdegang.

Staatssekretär Tobias Goldschmidt stellt seine Person sowie seinen bisherigen beruflichen Werdegang vor. Er legt dar, er sei zuständig für die Bereiche Digitalisierung, Digitale Agenda und Digitalisierung im Land, technischer Umweltschutz, Energiewende, Reaktorsicherheit und Ressourcenschutz.

Abg. Redmann erkundigt sich nach der Zusammenarbeit verschiedener Ministerien bei geteilten Zuständigkeiten.

Staatssekretär Goldschmidt legt dar, im Bereich der Windplanung werde sich nicht viel ändern, auch wenn die Abteilung für Raumordnung in das Innenministerium wechsele. Für die Ausweisung von Flächen sei das Innenministerium zuständig, für die BImSchG-Genehmigungen der Anlagen und den Energiewirtschaftsrahmen das MELUND.

Staatssekretärin Erdmann führt aus, bereits zu früheren Zeiten habe es beispielsweise für ELER Zuständigkeiten in verschiedenen Ministerien gegeben. Die Hauptverwaltung von ELER liege weiterhin im MELUND. Sie legt auf Nachfrage der Abg. Eickhoff-Weber dar, etwa ein Drittel des Kernbereichs ländlicher Raum, der ELER-Mittel beinhalte, gehe an das Innenministerium, die anderen Bereiche blieben im Geschäftsbereich des MELUND. Ähnliches gebe es beispielsweise auch im Bereich EFRE. Es sei nicht unüblich, Mittel aus dem Europäischen Strukturfonds in mehreren Ministerien zu verwalten.

Abg. Fritzen bittet das Ministerium darum, diesem ein Organigramm beziehungsweise einen Geschäftsplan zu übermitteln, sobald die Neuausrichtung der Ministerien abgeschlossen sei. Außerdem weist sie darauf hin, dass derzeit Gespräche der Parlamentarischen Geschäftsführer über einen möglichen neuen Zuschnitt der Ausschusszuständigkeiten stattfänden. Unabhängig davon könne ein Ausschuss jederzeit auch ein bestimmtes Themen aufgreifen und erörtern. - Abg. Voß schließt sich diesen Äußerungen an.

Abg. Redmann legt dar, für sie sei das Thema ländlicher Raum thematisch dem Umwelt- und Agrarausschuss zuzuordnen.

Abg. Metzner macht auf den Zusammenhang zwischen Verbraucherschutz und Produktion von Lebensmitteln aufmerksam und erkundigt sich danach, ob sich das MELUND nach der Neuzuschneidung der Ministerien nicht mehr für Verbraucherschutz verantwortlich fühle.

Staatssekretärin Erdmann weist darauf hin, dass die Verantwortungsgemeinschaft die Landesregierung sei. Innerhalb dieser gebe es verschiedene Zuständigkeiten. Den Bereich des klassischen Verbraucherschutzes werde künftig das Justizministerium verantworten. Beim MELUND verblieben die Themen Futtermittel und Dienstaufsicht über das Landeslabor.

(Unterbrechung: 14:30 bis 14:50 Uhr)

Punkte 2 und 3 der Tagesordnung:

Vorstellung der Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung Dr. Sabine Sütterlin-Waack

Vorstellung des Staatssekretärs im Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung Wilfried Hoops

Ministerin Dr. Sütterlin-Waack stellt ihre Person sowie ihren bisherigen beruflichen und politischen Werdegang vor.

Sie schildert sodann, dass der Bereich des Verbraucherschutzes komplett neu geregelt werde. Die Bereiche aus den bisher zuständigen Ministerien - Umwelt, Soziales und Wirtschaft - würden in ihr Ministerium eingegliedert. Angestrebt werde, eine Abteilung einzurichten. Das verdeutliche die Aufwertung des Themas Verbraucherschutz und stelle eine Vergleichbarkeit zu anderen Bundesländern und dem Bund her.

Leitbild seien selbständig handelnde Verbraucherinnen und Verbraucher. Wichtig sei, dass jede Verbraucherin und jeder Verbraucher umfassend Informationen erhalte. Dazu sei eine unabhängige Beratung notwendig.

Die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein - derzeit sei sie noch Vorstandsmitglied; dieses Amt werde sie aber umgehend abgeben - liege ihr sehr am Herzen. Ihr sei sehr wichtig, dass eine angemessene Finanzierung der Geschäftsstelle und der Beratungsstellen gewährleistet sei. Alle Menschen sollten die Möglichkeit haben, sich beraten zu lassen. Das sei aber auch digital möglich.

Ferner solle dafür gesorgt werden, dass alle vom Bund zur Verfügung gestellten Gelder genutzt werden könnten und Gelder aus Kartellrechtsstrafen zur Finanzierung der unabhängigen Verbraucherberatung eingesetzt würden.

Bekannt sei, dass noch Änderungen auf Bundesebene notwendig seien. Dafür werde sie sich mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fachressorts einsetzen. Dabei gehe es insbesondere um Finanzdienstleistungen, Altersvorsorge, Patientenrechte, Patientenberatung, Transparenz bei der Lebensmittelkennzeichnung oder dem Datenschutz beim Online-Einkauf. Dem Datenschutz komme insbesondere beim digitalen Verbraucherschutz eine

große Priorität zu. Hier sei auch das ULD zu nennen, auf dessen Expertise viele Menschen vertrauten.

Es müsse dafür gesorgt werden, dass Informationen für alle Verbraucherinnen und Verbraucher zugänglich und verständlich seien. Das gelte insbesondere für Nahrungsmittel. Sie sei der Auffassung, dass Verbraucherinnen und Verbraucher klar erkennen müssten, was in den Lebensmitteln enthalten sei. Täuschungen beim Lebensmitteleinkauf solle entgegengewirkt werden. Außerdem solle dafür gesorgt werden, dass Verstöße dagegen konsequent verfolgt würden.

Notwendig seien auch Kontrollen, weil Wert darauf gelegt werde, dass Lebensmittel sicher seien. Vor dem Hintergrund von Skandalen im Lebensmittelbereich sei sie im Hinblick auf Bürokratieabbau eher zurückhaltend.

Es solle dafür gesorgt werden, dass das Landeslabor angemessen ausgestattet werde. Zu diesem Thema werde Staatssekretär Hoops noch ausführen.

Auch die Kreise und kreisfreien Städte nähmen eine wichtige Funktion wahr. Sie sollten durch ein interdisziplinäres Kontrollteam unterstützt werden.

Staatssekretär Hoops stellt seine Person und seinen bisherigen beruflichen Werdegang vor.

Zum Landeslabor führt er aus, in den Zusatzvereinbarungen zum Koalitionsvertrag sei eindeutig formuliert, dass der gesundheitliche Verbraucherschutz aus dem heutigen MELUND in das Justizressort übergehen sollte. Für das Landeslabor sei eine etwas andere Lösung gefunden worden. Es bleibe zunächst beim MELUND, aber es werde eine gemeinsame Steuerungsgruppe unter Federführung des Justizministeriums geben. Diese solle für die allgemeinen Angelegenheiten des Landeslabors zuständig sein, insbesondere hinsichtlich der Finanzen und des Personals. Des Weiteren habe das Justizministerium über die Aufgabengebiete des gesundheitlichen Verbraucherschutzes die Fachaufsicht.

Er bekräftigt die Ausführungen der Ministerin, es sei wichtig, den Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein aufzuwerten und ihn von der Organisationsform mit einer eigenständigen Abteilung zu versehen.

Auf Nachfragen der Abg. Eickhoff-Weber zum Landeslabor, insbesondere dem interdisziplinären Kontrollteam und der Einbindung der Veterinärgesundheitsbehörden der Kreise und kreisfreien Städte antwortet Ministerin Dr. Sütterlin-Waack, derzeit befinde sie sich noch in der Findungsphase. Allerdings habe sie bereits in der letzten Woche ein sehr gutes Gespräch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den betroffenen Ministerien geführt, in dem viele gute Anregungen gegeben worden seien. So habe es beispielsweise den Hinweis gegeben, dass es noch einen kleinen Teil Verbraucherschutz im Sozialministerium gebe. Dies habe sie am Rande der Bundesratssitzung mit Minister Dr. Garg besprochen und Einvernehmen erzielt, dass dieser Bereich auch in das Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung übersiedele. Dieses Beispiel nenne sie, um deutlich zu machen, dass sie auf die Hinweise und die Befindlichkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter achte.

Das interdisziplinäre Kontrollteam unterstütze die Kreise und kreisfreien Städte - dazu gehörten auch die Veterinäre - bei der Erfüllung der immer komplexer werdenden Aufgaben, um die Qualität der Kontrollen deutlich zu steigern. Ziel sei, die amtliche Kontrolle in Schleswig-Holstein neu auszurichten und den Überwachungsbehörden eine interdisziplinäre Kontrollereinheit zur Verfügung zu stellen, die über produkt-, branchen- und unternehmensspezifischen Sachverhalt verfüge und diesen bündele. Die Etablierung sei für 2017 geplant.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Grüne Woche 2018

Der Ausschuss beschließt auf Vorschlag des Vorsitzenden, eine Delegationsreise zur Grünen Woche 2018 durchzuführen. Die Delegation besteht aus dem Vorsitzenden (FDP), dem stellvertretenden Vorsitzenden, zusätzlich je zwei Abgeordnete der Fraktionen von CDU und SPD sowie und je einer oder einem Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD und SSW.

Außerdem bittet der Vorsitzende, der Ausschussgeschäftsführung mögliche Programmwünsche zu übermitteln.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende erinnert daran, dass vom 7. bis 10. September 2017 die NORLA in Rendsburg stattfindet. Der Landtag sei dort mit einem Stand vertreten und freue sich über Abgeordnete, die sich für einen Standdienst bereit erklärten. Dazu solle man sich an den Besucherdienst der Landtagsverwaltung wenden.

Die Eröffnung sei am 7. September 2017. Dazu würden die Ausschussmitglieder eingeladen werden.

Die Landwirtschaftskammer werde die Mitglieder des Ausschusses außerdem zu einem exklusiven Rundgang am 7. September 2017, ca. 14 Uhr, einladen.

Der Vorsitzende, Abg. Kumbartzky, schließt die Sitzung um 15:10 Uhr.

gez. Oliver Kumbartzky
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin